

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1026

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1026](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1026)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



# Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule  
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | [info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch) | [www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch) | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

## Newsletter vom 29. 10. 2017

---

### Inhalt

Veranstaltungshinweis: Lehrplan 21 – Sind die Würfel gefallen? Neue Lerntechnik oder Paradigmenwechsel?.....	1
Die Trauer der Universitäten.....	2
Begabung zum Menschsein.....	4
Die Schweiz züchtet junge IT-Zombies, die unsere komplexe Welt nicht verstehen.....	7
Mut zur Erziehung – haben wir das noch?.....	8
Zürcherinnen und Zürcher stimmen über Schul-«Reförmchen» ab.....	10

---

## Veranstaltungshinweis: Lehrplan 21 – Sind die Würfel gefallen? Neue Lerntechnik oder Paradigmenwechsel?

### Vortragsreihe «Schule & Pädiatrie»

Mittwoch, 22. November 2017

#### Einführung & Moderation

Michael Furger, Ressortleiter NZZ am Sonntag, Zürich

#### Referate

Dr. phil. Matthias Burchhardt, Köln

Alain Pichard, Biel

#### Weitere Diskussionsteilnehmer

Prof. Thomas Birri, PH St. Gallen

Alexander Kummer, Leiter Amt für Volksschule, St. Gallen

Ort: Fachhochschule St. Gallen (beim Bahnhof)

Zeit: 18.30 bis 20.30 Uhr; Eintritt gratis, keine Anmeldung erforderlich

---

## Die Trauer der Universitäten

FAZ vom 11.7.2017

### ÖKONOMISIERUNG DER BILDUNG:

VON HANNAH BETHKE

***Die neoliberale Ideologie hat zu einer radikalen Veränderung von Schule und Hochschule geführt. Denn wenn Erkenntnis durch Kompetenz ersetzt wird, bleibt von der Bildung nichts mehr übrig: In Frankfurt tagte die erste Inkompetenzkonferenz.***

Kompetent sein will jeder – zumindest jeder, der es zu etwas bringen will. Kompetenzen, so ist allenthalben zu hören, sind der Schlüssel zum Erfolg. Wer sich heute eines umfangreichen Sachverstands und vielseitiger Fähigkeiten rühmen kann, gilt in einer mobilen Wissensgesellschaft wie der unseren als bestens vorbereitet. Was also sollte an einer kompetenzorientierten Bildungspolitik verkehrt sein?

In welchem Ausmaß derjenige falsch liegt, der dies annimmt, veranschaulichte die „Frankfurter (In-)Kompetenzkonferenz“, die am vergangenen Wochenende am Frankfurter Universitätsklinikum stattfand. Veranstaltet wurde die interdisziplinäre Tagung in der Tradition der „Frankfurter Einsprüche gegen die Ökonomisierung der Bildung“, die 2005 erstmals vorgetragen wurden. Sie sind als kritische Entgegnung auf die radikale Umwälzung zu verstehen, die sich an deutschen Universitäten seit der Bologna-Reform vollzieht.

Die Konferenz zielte auf eine Entlarvung des Kompetenzbegriffs, der seine Wurzeln in der Ökonomie hat und in allen einschlägigen bildungspolitischen Profilen, Curricula, Prüfungsordnungen, Lernzielen, Lehrplänen und Studienordnungen eine geradezu beängstigende Karriere gemacht hat. Das Ziel von Bildungsprozessen, sagte der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann, sei nicht mehr Bildung, sondern der umfassend kompetent gewordene Mensch. Sachkompetenz, soziale Kompetenz, interkulturelle Kompetenz – die von Liessmann präsentierte Liste der Fähigkeiten, auf deren Erwerb Schule und Studium ausgerichtet seien, ist lang.

### **Die Dominanz der Anwendungsorientierung**

Das Wissen trage seinen Zweck nicht mehr in sich selbst, sondern unterliege dem Kriterium der Anwendbarkeit. Dass sich diese Entwertung von Inhalten in den Curricula spiegelt, zeigten Johanna Gaitsch und Bernadette Reisinger von der Universität Wien. Der fachliche Anteil werde immer schmaler. Das Verhältnis von Wissen und Können, erklärte Liessmann, sei durch die Dominanz der Kompetenz verkehrt worden: Die Sache selbst sei nur noch das Mittel, um etwas zu können. Was zählt, sei messbare Tätigkeit, Nützlichkeit, Problemlösung. Damit aber würden Schülern und Studenten die Erkenntnislust und Neugier genommen, deren sie doch bedürften, um die Wirklichkeit verstehend zu durchdringen.

In der Praxis sieht das dann so aus: Man kann studieren, ohne gebildet zu sein. Man kann das Abitur erlangen, ohne Fachwissen erworben zu haben. Wer das nicht glaubt, werfe einen Blick auf heutige Abitur- und Prüfungsaufgaben. Hans Peter Klein, Lehrstuhlinhaber für Didaktik der Biowissenschaften an der Universität Frankfurt, hat die Probe aufs Exempel gemacht und Neuntklässlern Abituraufgaben im Fach Biologie vorgelegt. Sie hatten keine Schwierigkeiten, die Aufgaben zu lösen, denn alles, was sie dort zu beantworten hatten, stand in dem der Aufgabe beigefügten Text. Ähnliches, auch das zeigte die Konferenz, gilt für die Pisa-Studie, die sich ebenso wie das Zentralabitur in Kenntnis der Prüfungsinhalte als reiner Etikettenschwindel erweist.

## **Neoliberale Aufweichung der Bildung**

Das Ergebnis der Kompetenzorientierung, so lautete der Grundtenor aller Referenten bei der Konferenz, ist die Erziehung zur Inkompetenz. Der Prozess einer „Verflachung“ (Bernhard Kempen) der Bildungslandschaft werde verstärkt durch die Inflationierung von guten Noten und der auf der Konferenz stark kritisierten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die unaufhörlich höhere Studentenzahlen fordert. Die Ursache all dessen nannte der Hamburger Mathematiker Jürgen Bandelt unter Zustimmung der Anwesenden beim Namen: Der Neoliberalismus habe das humanistische Bildungsverständnis zerstört.

Aber warum leistet niemand Widerstand? Warum lassen die Hochschullehrer sich das gefallen? Zu wenig Rückgrat, befand Liessmann. Zu viel Druck durch Drittmittelvergabe und prekäre Beschäftigungsbedingungen, gab Klein zu bedenken. Die Verschulung der Universität sei ein ungewollter Effekt, sagte der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl.

Das allerdings ist kaum zu glauben, wenn man bedenkt, wie beharrlich die neoliberale Aufweichung der Bildung vorangetrieben wird, obwohl sie seit Jahren von massiver Kritik durch Medien, Lehrer und Hochschullehrer begleitet wird. Denn was auf der Konferenz vorgetragen wurde, ist, von einzelnen Begriffen abgesehen, an denen sich die Kritik jeweils entzündete, keineswegs neu – und das ist vielleicht das eigentlich Erschreckende daran. Es wird seit geraumer Zeit auf die Folgen dieser ökonomisierten Bildungspolitik aufmerksam gemacht: auf den Niveauverfall an Schulen und Hochschulen, auf die Prekarisierung des akademischen Mittelbaus, auf die „Praxis der Unbildung“ (Liessmann) und den schleichenden Ersatz von Wissen und Inhalt durch Didaktik, Präsentation und Methode. Zu einer sichtbaren Veränderung des bildungspolitischen Profils haben diese Einsprüche bislang nicht geführt.

## **Die Macht der Eltern**

Natürlich mag es wohlthuend sein, sich einmal – was in diesen Fragen selten genug passiert – in einer Gemeinschaft der Gleichgesinnten zu bewegen. Denn dadurch erspart man sich die vergebliche Mühe, erst einmal langwierig (ohne jedoch auf das Verständnis des Gegenübers hoffen zu dürfen) zu erklären, warum es denn ein Problem darstellt, wenn Schüler und Studenten immer weniger wissen und nicht einmal mehr die Grundrechenarten und die deutsche Rechtschreibung beherrschen. Die Aussichten dürften indes gering sein, dass eine solche Zusammenkunft wie die Konferenz irgendetwas bewirkt. Mathias Brodtkorb, langjähriger Bildungsminister, inzwischen Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, wies darauf hin, dass sich die gesellschaftliche Realität woanders abspiele. Was an einer Schule stattfindet oder nicht und wie darauf reagiert wird, werde nicht maßgeblich von den kritischen Einsprüchen der überregionalen Tagespresse beeinflusst, sondern von den kleinen Lokalzeitungen am Ort, von der Stimmung vor der eigenen Haustür.

Klein verwies darauf, dass Eltern auf lokaler Ebene sehr viel mehr ausrichten könnten als Lehrer und Hochschullehrer. Das zeige etwa die Umstellung von G9 auf G8: Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre wird mittlerweile in vielen Bundesländern wieder zurückgenommen. Nur: Jeder, der den Schulalltag kennt, weiß, dass Eltern in aller Regel nun gerade nicht zu denjenigen gehören, die es begrüßen, wenn das Lernniveau angehoben und ihren Kindern mehr (beziehungsweise überhaupt etwas) abverlangt wird. Sobald ein Schüler schlecht benotet wird – und „schlecht“ bedeutet in heutiger Übersetzung alles, was schlechter als eine Zwei ist –, müssen die Lehrer damit rechnen, dass die Eltern sich beschweren, ihnen eine ungerechte Behandlung ihres Kindes vorhalten und jeglichen Anteil des Schülers an seiner nicht als gut eingestuftem Leistung abstreiten.

Wenn also Hochschullehrer, Lehrer und Medien nichts Wesentliches ausrichten können und mit Eltern nicht zu rechnen ist – was bleibt dann noch? Die Konferenzteilnehmer zeigten sich kämpferisch. Sind die proklamierten Bildungsziele überhaupt noch verfassungskonform? Manch einer setzte auf den juristischen Handlungsspielraum – sofern es ihn gibt. Dass es an der Zeit sei, gegen die „kompetenzorientierte“ Bildungspraxis Widerstand zu leisten, darin schienen sich alle einig zu sein. Doch der Weg zum bildungspolitisch wirksamen Widerstand muss wohl erst noch gefunden werden. Es steht zu hoffen, dass die Initiatoren schon einen Schritt weiter sein werden, wenn sie sich zur nächsten Bildungskonferenz versammeln, die im kommenden Jahr geplant ist.

---

## Begabung zum Menschsein

NZZ vom 16.10.2017, Meinung und Debatte

*Gastkommentar von Konrad Paul Liessmann*

***Alle reden von Bildung. Damit droht der Begriff der Bildung zu einer leeren Hülle zu verkommen, die von jedem nach Belieben und je nach politischer Interessenlage gefüllt werden kann.***

Bildung ist in aller Munde. Es gibt kaum einen Begriff, der in unterschiedlichen Zusammenfassungen so universell eingesetzt werden kann wie der Begriff der Bildung. Bildungseinrichtungen, Bildungschancen, Bildungsgerechtigkeit, Bildungsreformen, Bildungskatastrophen, Bildungsexperten, Bildungspolitiker, Bildungsverlierer, Bildungsgewinner und andere Bildungskombinierer beherrschen die Szene des Bildungsdiskurses, der rasche Wandel von Bildungskonzepten und Bildungsutopien ist längst zu einem prominenten Gegenstand des öffentlichen Interesses geworden.

Ob man Kindergärten als Bildungseinrichtungen verstehen soll, auf welchem Platz ein Land beim Pisa-Test landet, wozu die Umstellung des Unterrichts auf die Kompetenzorientierung führt, wie Bildungsdefizite von Migranten und sozial diskriminierten Menschen ausgeglichen werden können, welche Bildung für die Arbeitsplätze der Zukunft fit macht, wie man Begabungsreserven entdeckt und abschöpft, ob in der Digitalisierung der Bildung und der Ausstattung von Schulen mit Tablets das Heil zu suchen ist, ob die Rolle des Lehrers sich wandelt und in Zukunft Lernbegleiter, Coachs und Sozialexperten das Bildungsgeschehen dominieren werden, ob es überhaupt notwendig ist, im Informationszeitalter noch Wissen zu vermitteln – all diese Fragen, die beliebig vermehrt werden können, beschäftigen die Menschen in immer höherem Masse.

Bildung hat mit der  
Entwicklung von  
Persönlichkeiten zu tun –  
und mit der Vermittlung  
der geistigen  
Fundamente, auf denen  
unsere Zivilisation  
aufbaut.

Gleichzeitig zeigen diese Fragen aber auch, dass der Begriff der Bildung selbst höchst unscharf geworden ist und schon lange keine Einigkeit mehr darüber herrscht, was man darunter eigentlich verstehen soll: Qualifikation, Kompetenztraining, Persönlichkeitsbildung, Orientierungsfähigkeit, Befähigung zur politischen Partizipation, Schulung von Verantwortung, Vermittlung von Werten oder doch auch noch Wissenserwerb: Bildung ist alles, und alles ist Bildung. Wenn etwas alles ist, ist es aber nichts. Bildung ist eine leere Begriffshülle geworden, die von jedem nach Belieben und je nach politischer oder ökonomischer Interessenlage gefüllt werden kann. Eine Besinnung auf die grundlegenden Bedeutungen von Bildung, ihre Ansprüche, aber auch ihre Grenzen täte dringend not.

## Welche Bildungskrise?

Gespielt aber wird ein anderes Spiel. Zuerst wird aufgrund höchst zweifelhafter Kriterien und in der Regel plakativ verkürzter Testergebnisse eine Krise des Bildungssystems nach der anderen beschworen, um dann das Mantra der notwendigen Bildungsreform anzustimmen und dabei die gerade angesagten Moden zu propagieren. Erst jüngst verkündete das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» in einer Titelgeschichte, «wie Bildung endlich gelingt». Und wie gelingt sie: indem man auf Digitalisierung, Chancengleichheit, Inklusion, Ganztagschule, gutes Essen und eine Lehrerausbildung setzt, die davon ausgeht, dass angehende Lehrer von dem Fach, das sie unterrichten, nicht unbedingt viel verstehen müssen, Hauptsache, sie sind sozial kompetent.

Niemandem fällt auf, dass es bei all diesen guten Ideen um alles Mögliche gehen mag – um Interessen der Internetkonzerne, um geschönte Statistiken, um sozialromantische Utopien und um beeindruckende Abiturnoten – aber nicht um Bildung. Und niemandem fällt auf, dass eine Reihe dieser Konzepte gegen jene empirischen Daten durchgesetzt werden sollen, die sonst eine evidenzbasierte Bildungspolitik gerne beschwört. Mit anderen Worten: Die Realität des Bildungsgeschehens wird aus ideologischen Gründen in der Regel ausgeblendet, über Bildung wird nur in Euphemismen gesprochen.

Dass Tablet- und Laptopklassen im Vergleich schlechter abschneiden als analog unterrichtete Kinder, wird ebenso ignoriert wie die gravierenden Probleme, die der Inklusionsimperativ für alle Beteiligten und Betroffenen geschaffen hat. Und dass die Lese- und Denkschwächen von Kindern und Jugendlichen auch mit einer verheerenden Erleichterungsdidaktik zu tun haben, die von der unseligen Rechtschreibreform bis zur «Leichten Sprache» alles tut, um Bildung als ein anspruchloses Angebot für Anspruchslose zu installieren, sollte langsam ins allgemeine Bewusstsein rücken. Wer etwas für das Bildungswesen tun will, soll es mit solchen und ähnlichen Reformen verschonen.

Durch die Wende zur Kompetenzorientierung im Zuge des Pisa-Tests, die damit verbundene Reduktion von Bildung auf einige wenige «Kernkompetenzen» und die Hoffnung, dass die Digitalisierung schon alle sozialen und didaktischen Probleme des Unterrichts lösen werde, wurden all jene Dimensionen gekappt, die zur Idee einer allgemeinen Menschenbildung gehörten, die zwar schon von Wilhelm von Humboldt gefordert wurde, aber gerade heute wichtiger denn je erscheint. Zu dieser gehört nicht nur die Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken – die selbst noch gar keine Bildung, sondern eine ihrer Voraussetzungen darstellt –, sondern auch jene grundlegenden Kenntnisse und Fähigkeiten, auf die manche Bildungsreformer gerne verzichten möchten. All das, was lange den Kern allgemeiner Bildung ausmachte – Fremdsprachenkenntnisse, historisches Wissen, literarische und ästhetische Kenntnisse und Fähigkeiten, kulturelles und religiöses Wissen –, spielt bei Pisa keine Rolle. Wie beschränkt muss man selbst schon sein, um den Pisa-Test als Indikator für den Zustand von Bildung zu akzeptieren?

Kompetenzorientierung und Digitalisierung sollen angeblich fit machen für die Arbeitsplätze der Zukunft. Abgesehen davon, dass Bildung nie eindimensional auf die Erfordernisse der Ökonomie bezogen werden darf, stimmt dieser Ansatz überhaupt nicht. Wer nur Kompetenzen schulen möchte, vergisst, dass diese nie Ziel, nur Mittel sein können, um sich ebenjene Kenntnisse anzueignen und mit jenen Fragen auseinanderzusetzen, die unsere Kultur in all ihren Spannungen charakterisieren und in Zukunft bestimmen werden. Schon Hegel wusste, dass der Geist junger Menschen, der frei und neugierig ist, einen Stoff benötigt, an dem er sich nähren, schärfen, entzünden, wachsen und abarbeiten kann. Über diesen Stoff, also um die Frage, was gelernt und vermittelt werden soll, sollte es vorrangig in Bildungsdebatten gehen, und nicht nur um die Frage, in welcher Organisationsform, sozialen Zusammensetzung, mit welchen Chancen und mit welchen digitalen Hilfsmitteln gelernt oder auch nicht gelernt wird.

## **Befindlichkeitspädagogik**

Illustrieren liesse sich dies am gegenwärtigen Hype um die Digitalisierung der Bildung. Neben all den wichtigen lernpsychologischen Einwänden gegen einen zu frühen Einsatz digitaler Geräte im Unterricht, neben dem ebenso wichtigen Hinweis, dass der zu Recht geforderte kritische Umgang mit Internet, sozialen Netzwerken und digitaler Lebenswelt eine Distanz zur Voraussetzung hat, die ihr Fundament in der analogen Welt haben muss, spricht vor allem eines gegen die These, dass die Digitalisierung des Unterrichts auf die neue Arbeitswelt vorbereitete: Digitalisierung bedeutet, alles zu automatisieren, was automatisiert werden kann, alles zu vernetzen, was vernetzt werden kann.

Wohl werden für die Pflege dieser Technologien immer eine Handvoll Techniker und Experten gebraucht werden, auf den Arbeitsmärkten der Zukunft werden aber jene jungen Menschen die besten Chancen haben, die Kenntnisse und Fähigkeiten aufweisen, die entweder nicht digitalisiert werden können oder die Digitalisierung kritisch und reflektierend begleiten. Ein avanciertes Konzept der klassischen Bildung wäre dazu nicht der schlechteste Ansatz.

Man muss der Idee von Bildung nicht zutrauen, alle Probleme dieser Welt zu lösen. Bildung ist kein säkularer Ersatz für die Heilsversprechen der Religionen, auch wenn der Gestus des Erlösers von Bildungsexperten gerne in Anspruch genommen wird. Aber Bildung ist auch nicht auf Qualifikationsmassnahmen, Zertifizierungsverfahren, künstliche Wettbewerbe, Chancenverteilung, Steigerung von Absolventenzahlen um jeden Preis und hemmungslose Produktion von Kompetenzen zu reduzieren. Bildung hat mit der Entwicklung von Persönlichkeiten zu tun, sie hat mit der Vermittlung jener geistigen Fundamente zu tun, auf denen unsere Zivilisation aufbaut, und sie hat mit jenen Kenntnissen, Techniken und Fähigkeiten zu tun, die schlechterdings notwendig sind, um sich in dieser Gesellschaft zu orientieren und sich als selbstbewusster und mündiger Bürger zu behaupten.

## **Anleitung zur Mündigkeit**

Bildung hat deshalb immer auch mit dem Sicharbeiten an Normen und Standards zu tun, zu dem durchaus die Auseinandersetzung mit kanonischen Werken, Texten und Theorien gehört. Der Leistungsgedanke kann deshalb ruhig wieder ein wenig reaktiviert werden, Ziele dürfen vorgegeben und Wissen abgeprüft werden – und zwar nicht, um irgendwelchen Test- oder Kompetenzüberprüfungs-Kriterien zu genügen, sondern weil es die Logik einer Sache, der Anspruch eines Inhalts, die Struktur eines Gegenstandes verlangen. Wem es um die Sache der Bildung geht, der muss gleichermassen vom Gedanken künstlicher Wettbewerbe und einer haltlosen Befindlichkeitspädagogik Abstand nehmen.

Alle Kenntnisse, alle Fähigkeiten, die im Zuge eines Bildungsprozesses angeeignet, erworben, geübt und weiterentwickelt werden, dienen nicht nur der Eingliederung eines Menschen in eine vorgegebene Welt, sondern sind auch Vorbedingung für die Formung einer mündigen Person. Letztlich bleibt Bildung, nach einem Wort des zu Unrecht vergessenen kritischen Pädagogen Heinz-Joachim Heydorn, der «Versuch, den Menschen zum Menschen zu begaben», ein Versuch, der gegen alle Formen des Trainings, der Qualifikation und Talentpflege das unverstellte Menschsein im Auge hat, ein Versuch, von dem nicht gesagt werden kann, ob er überhaupt gelingen kann. Aber es ist der einzige Versuch, der einen Versuch wert ist.

*Konrad Paul Liessmann ist Professor am Institut für Philosophie der Universität Wien und Autor des Buches «Geisterstunde – Die Praxis der Unbildung» (2014). Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Referats am NZZ-Podium Berlin vom 4. 10. 17 zum Thema «Bildung».*

---

## Die Schweiz züchtet junge IT-Zombies, die unsere komplexe Welt nicht verstehen

Inside Paradeplatz 24.10.2017

*Klaus Stöhlker*

Der Weg in die digitale Leibeigenschaft ist vorgezeichnet. Bankangestellte und -Berater werden digital geführt und erfasst. Sie müssen den Leistungsnormen entsprechen, damit sie eine Beschäftigung finden. Wer nicht wie alle aussieht, schlank und agil, gilt rasch als Aussenseiter, weil schwer kontrollierbar. Haben dies nicht die grossen Schriftsteller und Zukunftsforscher des 20. Jahrhunderts schon einmal beschrieben?

Die Schweiz, als fortschrittliches Land mit den höchsten WEF-Bewertungen, bringt jetzt schon eine Bevölkerung hervor, die den neuen Weltnormen Rechnung trägt. Deshalb gibt es offiziell kein Schweizer Volk mehr, sondern nur noch eine bunt gemischte Bevölkerung; deshalb wird kaum noch Schweizer Geschichte gelehrt, sondern europäische und Weltgeschichte.

Wer die Gleichheit der Vielen will, zerstört die Freiheit der Wenigen. Daher entsteht nun ein „Surveillance Capitalism“, der die kommerzielle Überwachung der Vielen zur Notwendigkeit macht, damit sehr Wenige die Kontrolle über 8 bis 10 Milliarden Menschen bewahren können. Wir haben es mit vier Weltmächten zu tun, welche derlei Systeme erarbeitet haben: USA, Russland, China und Israel, letzteres wohl eher eine Dependence der USA.

Die Schweiz hat die Zeichen der Zeit erkannt. Sie globalisiert ihre Wirtschaft, reduziert die Macht der Politiker und ihrer Parteien, optimiert die beiden Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne und schafft eine globale Mischbevölkerung von einem jederzeit kontrollierbaren Bildungsstand, die allen Anforderungen Silicon Valleys und der inneren Sicherheit Genüge leistet.

Wer wissen will, wie es um die Zukunft bestellt ist, sollte die Schulausbildung seiner Kinder und Enkel genauer unter die Lupe nehmen. Diese ist heute nach dem Prinzip der Null-Toleranz angelegt. Wer als Schüler sich falsch verhält oder – nach Meinung der Schulleitung, die dem Lehrplan 21 folgen muss – sich einer groben Regelverletzung schuldig macht, wird sofort bestraft. Wird die Tat nicht gestanden, wird das Kind der Kinder- und Jugendpsychiatrie zugewiesen. Es gibt keine Diskussionen und Abklärungen, sondern auf die Tat erfolgt zwingend die Konsequenz. George Orwell könnte dies nicht besser beschrieben haben.

Das Ziel sind bereitwillige Arbeitnehmer für die Wirtschaft, die sozialkompetent sind, umweltbewusst, gendergerecht und eigenständig; die lebenslang zum Lernen bereit sind. Der den kantonalen Schulverwaltungen zugeordnete pädagogische Überbau, dem derlei zu verdanken ist, wurde in den letzten 20 Jahren aufgebaut. Sein Ziel ist eine ideale Gesellschaft, wo der Mensch selbstmotiviert vorgeht und eigenständig – im Rahmen der Vorgaben – handelt. Die Schwester des pädagogischen Überbaus ist die berüchtigte KESB, die Kinder- und Erwachsenen-Schutzbehörde, die den Familien das Recht auf die Betreuung von Kindern und Nahestehenden wie der selbständigen Verwaltung des Familienvermögens nimmt.

So ist die Schweiz in aller Stille bereits in das Vorzimmer des Überwachungsstaates eingetreten. Die erste Stufe sind Kindergarten und Schule als Häuser des Lernens, wo diszipliniert Fähigkeiten entwickelt werden sollen, die zu einem neuen Schweizer Menschen führen sollen. Professionelle Kleinkind-Erziehung soll problematische Prägungen oder mangelnde Förderung verhindern. Das Ergebnis ist ein Mensch, der in das digitale Zeitalter passt.



In dieser diskreten Welt gibt es keine Lehrer mehr, sondern mehr und mehr Coaches. Sie treten auf als Berater von Schülerinnen und Schülern. Die Verantwortung für den Lernprozess wird vom Schüler selbst verinnerlicht.

„Die Vereinnahmung durch die Gruppe geschieht unbewusst“, schreibt Allan Guggenbühl in „Total Data – total Control“, herausgegeben von Konrad Hummler und Fabian Schönenberger, Partner der M1 AG, einem Unternehmen des Ostschweizer Intellektuellen, in Zusammenarbeit mit der liberalen Progress Foundation und publiziert von NZZ Libro.

Was in der staatlichen Schweizer Bildung vorgeht, ist ein Skandal. Die Anpassung der jungen Menschen an die kalifornische IT-Welt hat einen Output an Schülern und Studenten zur Folge, deren Wissensstand laufend sinkt, deren Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich elegant auszudrücken, enorm abgenommen hat und deren generelle Bildung von Jahrgang zu Jahrgang abnimmt. Sie erwerben Kompetenzen, aber immer weniger Fähigkeiten. Wir, die Älteren, die nach den Prinzipien der Freiheit gemäss Jean-Jacques Rousseau, Johann Heinrich Pestalozzi, Paul Geheeb, Wilhelm von Humboldt und Ivan Illich ausgebildet wurden, sehen staunend die nachwachsenden IT-Zombies, die genau jene komplexe Welt nicht mehr verstehen, in welcher sie aufwachsen.

Gezüchtet werden neugierige Individuen, die sich gerne dem System anpassen. Wer diesem Profil nicht entspricht, muss viel Geld erben, anheiraten oder selbst erwerben, um diesem Systemdruck zu entfliehen. Es ist selbstverständlich, dass dies nur den wenigsten gelingt, denn viel „Free cashflow“ und Intelligenz fallen selten zusammen. Eines alleine genügt nicht.

Die Behandlung gegen ADHS, also Aufmerksamkeits-Defizite, erfolgt längst mit Hilfe von Ritalin. Wer sich nicht konzentrieren kann, zu Wutausbrüchen neigt, wetterföhlig ist oder zu Entgleisungen neigt, wird chemisch ruhig gestellt. Wem dies nicht gefällt oder wer sich sonst, auch ohne ernsthaft krank zu sein, aus dieser Gesellschaft verabschieden möchte, steht der Weg zum staatlich geduldeten und medizinisch gesteuerten Selbstmord offen.

Den heute schon Arbeitenden bleibt wenig Luft zum Atmen ausserhalb der Konsumwirtschaft. Es sei denn in den entlegenen Alpentälern des Misox oder des Goms.

---

## Mut zur Erziehung – haben wir das noch?

St. Galler Tagblatt 26.10.2017

*Mario Andreotti*

**Wer kennt sie nicht, die zahllosen Schwierigkeiten**, mit denen Eltern und Lehrkräfte in ihrer Erziehungsarbeit zu kämpfen haben? Da sind Jugendliche, die mehr oder weniger das Gegenteil von dem machen, was die Eltern möchten; dort Schülerinnen und Schüler, die sich den Anordnungen der Lehrer lächelnd widersetzen. Ein fast alltägliches Bild, gewiss; ein Bild, das uns schon längst nicht mehr zu provozieren vermag. Oder doch? Für einmal sei hier die Frage gestattet, ob unsere Erziehung nicht in eine unabdingbare Krise geraten sei.

**Sie ist es, wie mir scheint, und sie ist es in zweifacher Hinsicht:** zum ersten durch eine teils falsch verstandene Freiheit des Menschen und zum andern durch das daraus resultierende Fazit, vom jungen Menschen kaum mehr eine Anstrengung zu verlangen. Ich glaube, dass es heute kaum eine Wissenschaft gibt, die derart durch Einseitigkeiten gekennzeichnet ist wie die Pädagogik. Baute die ältere Pädagogik, etwa der Wilhelminischen Zeit, noch weitgehend darauf auf, dass die Erziehung zu Gehorsam und

Pflichterfüllung die Grundlage einer jeden Gesellschaft sei, so wurde diese Auffassung bald einmal durch eine andere, ebenso dogmatische abgelöst, die bis heute in Theorie und Praxis mehr oder weniger Gültigkeit besitzt.

**Diese «moderne» Auffassung lässt sich mit dem einen Wort** des «laissez-faire, laissez-aller» treffend umschreiben. Sie geht davon aus, dass jedes Kind ein naturgegebenes Recht auf «seine» Freiheit besitzt, weil es – hier folgt man Ideen Rousseaus – in seinem innersten Kern stets gut sei. Dem Kind wird damit eine Art Natur-Heiligkeit zugesprochen. Fällt es später doch negativ auf, so ist man gewillt, diese negative Entwicklung einzig auf äussere Einflüsse zurückzuführen, etwa auf die Manipulationen einer schlechten Gesellschaft oder gar auf ein asoziales Schulsystem. Hier liegt der entscheidende Fehler der «modernen» Erziehungslehre; in ihrer krassen Einseitigkeit verkennt sie das Wesen des Menschen ebenso sehr wie der Drill zum Gehorsam früherer Zeiten.

**Sicher: Der einstige Gehorsamsdrill** liess sich nur allzu leicht missbrauchen und in den Dienst unmoralischer Ziele stellen. Dafür hat die Geschichte des letzten Jahrhunderts genügend Beispiele aufzuweisen. Doch diese Einseitigkeit des damaligen Obrigkeitsdenkens gibt uns neuzeitlichen Erziehern in keiner Weise das Recht, in ebenso extremer Einseitigkeit jede Form von Unfreiheit und Unterordnung abzulehnen. Eine Gehorsams-erziehung, welche die Würde des Menschen nicht achtete, schadete; aber ebenso schadet eine Erziehung des Rechtes auf Freiheit, wenn die Ordnungen nicht mehr gesehen werden, in denen der Mensch steht und denen er daher verpflichtet ist.

**Das kindliche Recht auf Freiheit** muss in der Waage gehalten werden durch die Pflicht zur Unfreiheit, die das gemeinsame Leben in Gemeinschaft und Staat erfordern kann. Zu dieser fundamentalen Tatsache gehört auch der Mut der Erzieher, dem jungen Menschen Werte zu zeigen und zu setzen und entsprechende Forderungen an ihn zu stellen. Das bedingt allerdings, dass sie ihre Rolle als Erzieher wirklich wahrnehmen und nicht durch billige Anbiederung an ihre Sprösslinge, durch falschverstandene Kumpelei gleichsam aufgeben. Das Konzept elterlicher Führung, das im Zuge der antiautoritären Bewegung nach 1968 in eine Identitätskrise geraten ist, muss wiederaufleben. Gleiches gilt auch für die Erziehungsarbeit der Lehrer. Eine Schule, die auf den Mut zur Erziehung als erste Präferenz verzichtet und sich stattdessen mit einer auf Lehrplan und Prüfungen abgestellten Wissensvermittlung zufrieden gibt, degradiert sich selbst zu einer Rekrutierungsanstalt für eine eindimensionale Wissensgesellschaft. Ob der vom Lehrplan 21 eingeforderte kompetenzorientierte Unterricht, dessen Inhalte auf das exklusive Lernen mechanischer Verfahren und auf das «Pauken» standardisierter Tests reduziert ist, den Erziehungsauftrag der Schule noch wahrnehmen kann, wage ich allerdings zu bezweifeln.

### ***Kommentar zu «Mut zur Erziehung»***

Da hat einer den Mut und spricht aus, was vielen Eltern und Pädagogen seit langem unter den Nägeln brennt: Unsere Aufgabe ist es, die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu erziehen und sie nicht einem einseitigen «Recht auf Freiheit» zu überlassen. Mario Andreotti stellt klar, dass die «laissez faire, laissez aller»-Methode ebenso gescheitert ist wie der Gehorsamsdrill früherer Epochen. Vielmehr muss Erziehung dem Kind den Weg bahnen zu einem verantwortungsbewussten Erwachsenen, der seinen Platz in Familie, Beruf und Gemeinschaft einnimmt, der nach Kräften beiträgt zu einem von gegenseitiger Achtung, Rücksicht und Hilfsbereitschaft getragenen Zusammenleben.

In der direktdemokratischen Schweiz gehört dazu auch die Einführung der Jugend in die Rechte und Pflichten der Bürgerin und des Bürgers in Gemeinde, Kanton und Bund. Dies beinhaltet auch die Teilhabe als Milizler an den Aufgaben der Gesellschaft, sei es in der Jugendfeuerwehr oder zum Beispiel bei der Organisation eines Dorffestes, einschliesslich dem Aufräumen am nächsten Tag. «Das kindliche Recht auf Freiheit muss in der Waage

gehalten werden durch die Pflicht zur Unfreiheit, die das gemeinsame Leben in Gemeinschaft und Staat erfordern kann. Zu dieser fundamentalen Tatsache gehört auch der Mut der Erzieher, dem jungen Menschen Werte zu zeigen und zu setzen und entsprechende Forderungen an ihn zu stellen.» Diesen Worten des Autors ist nichts beizufügen – ausser seine eigene Schlussfolgerung, dass der kompetenzorientierte Lehrplan 21 kaum geeignet ist, den Erziehungsauftrag der Schule wahrzunehmen.

*Marianne Wüthrich*

---

## Zürcherinnen und Zürcher stimmen über Schul-«Reförmchen» ab

Tages-Anzeiger vom 24.10.2017, Zürich

***Eigentlich hatte Schulvorsteher Gerold Lauber (CVP) eine umfassende Reorganisation der Schulbehörden geplant. Davon übrig geblieben ist nur ein kleiner Rest - über den nun das Volk entscheidet.***

*Martin Huber*

### **Worum geht es?**

Am 26. November kommt in der Stadt Zürich eine Änderung der Schulbehördenorganisation an die Urne. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage, ob die bisherige Schulkommission für die Aufsicht über die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote abgeschafft werden soll. Zudem soll die Gemeindeordnung sprachlich an das 2015 vom Kanton erlassene neue Gemeindegesetz angepasst werden. Weil es für all das eine Änderung der Gemeindeordnung braucht, hat das Volk das letzte Wort.

### **Was ändert sich konkret?**

Derzeit gibt es in der Stadtzürcher Volksschule einerseits Schulbehörden auf der Ebene der sieben Schulkreise, nämlich die sieben Kreisschulpflegen. Andererseits existieren zwei Schulbehörden, die für das ganze Stadtgebiet zuständig sind: die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz und die Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote.

Damit sind zwei unterschiedliche Schulbehörden für Regel- und Sonderschulen zuständig. Dies widerspreche dem Grundsatz der schulischen Integration, betont der Stadtrat. Deshalb soll neu die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz auch die politische Verantwortung für die drei städtischen Sonderschulen wahrnehmen, also für die Heilpädagogische Schule, die Schule für Kinder und Jugendliche mit Körper- und Mehrfachbehinderung und die Schule für Sehbehinderte wie auch für weitere gesamtstädtische Sonderpädagogikangebote wie logopädische und psychomotorische Therapie. Die heute dafür zuständige Schulkommission wird aufgelöst.

### **Was bringt die Änderung?**

Mit diesem Schritt werde die gesamtstädtische Führung der Volksschule in Zürich vereinheitlicht, schreibt die Stadtregierung in der Abstimmungszeitung. Zudem würden Doppelspurigkeiten abgebaut. Diese bestünden etwa bei der integrierten Sonderschulung, der Zuweisung von Ressourcen für die Therapien, bei der Betreuung von Schülerinnen und Schülern sowie bei der Aufsicht über die Sonderschulen.

**Was war ursprünglich geplant?**

Eigentlich hatte Schulvorsteher Gerold Lauber - der CVP-Stadtrat tritt bei den Wahlen im März nicht mehr an - eine viel weiter gehende Reform geplant. Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz, der auch der Schulvorsteher angehört, sollte aufgewertet werden. Die Kreisschulpflegen, die heute auf gleicher Stufe sind, hätten ihr unterstellt werden sollen. Doch davon wollte der Gemeinderat nichts wissen. Er kippte die zentralisierte Schulführung im vergangenen Juni aus der Vorlage. Damit blieb nur noch ein spärlicher Rest der einst geplanten Reform übrig - eben die Abschaffung der Schulkommission. Von einem «Reförmchen» oder einer «Pseudoreform» sprachen Parteienvertreter im Parlament. Lauber selber gab sich damals tapfer. Zwar räumte er ein, es handle sich um «keinen grossen Wurf». Von einer Niederlage wollte er aber nichts wissen. Gewichtige Änderungen vorzunehmen, sei äusserst schwierig - die kantonalen Rahmenbedingungen seien sehr eng. Die Stadt Zürich befinde sich da in einem engen Korsett.

**Wer ist dafür, wer dagegen?**

Der Gemeinderat stimmte der Vorlage mit 86 zu 19 Stimmen zu. Auch die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote lehnt die Vorlage ab - und damit ihre eigene Abschaffung. Laut Vizepräsidentin Esther Lauffer gibt es grundlegende Bedenken, die Anliegen der Sonderschulen und von Kindern mit besonderen Bedürfnissen könnten künftig zu kurz kommen, gerade auch in finanzieller Hinsicht.

Nein sagt auch die SVP. Die neuen Strukturen seien «zu wenig durchdacht und folglich mangelhaft», so Gemeinderat Daniel Regli. Zudem gelte es, den «Demokratieabbau im Schulwesen zu stoppen». Die Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote sei vom Gemeinderat gewählt. Die SVP wirft dem Schulvorsteher vor, er habe die Volksschule zentralisieren wollen: «Sozialistisch gesinnte Kaderleute im Schulamt haben es geschafft, ihrem Vorgesetzten Gerold Lauber einen massiven Demokratieabbau beliebt zu machen.» Im Gemeinderat wollte auch die Alternative Liste die Minireform zurückweisen, sie sprach von einer missglückten Weisung.

Die anderen Parteien befürworten die Vorlage. FDP-Präsident Severin Pflüger spricht von einem «Schritt in die richtige Richtung». Die Grünen sind auch dafür, pochen aber darauf, dass die Volksaufsicht im sonderpädagogischen Bereich erhalten bleibe und das Know-how im Bereich Sonderpädagogik in die Kreisschulbehörden transferiert werden soll. «Natürlich kann man sagen, der Berg habe eine Maus geboren», sagt SP-Gemeinderat Jean-Daniel Strub. Doch es handle sich um eine sinnvolle Anpassung, um Doppelspurigkeiten zu verhindern. Den Vorwurf des Demokratieabbaus weist er zurück: Die Aufsicht gehe an die Kreisschulpflegen über, die vom Volk gewählt werden. Für Strub muss die Diskussion um die Schulbehördenorganisation unter dem neuen Schulvorsteher oder der neuen Schulvorsteherin weitergehen. «Die Reformen sollten aber dosiert erfolgen», sagt er. Es bestehe kein unmittelbarer Handlungsbedarf, die Schule funktioniere gut, Priorität hat für ihn die Einführung der Tagesschule.

---

29. 10. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | [info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch) | [www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch)  
Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598